

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Montag, 29. Oktober 1979

Blatt 2679

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS

ausgesendet: Hochwasserschutz: Weitere Arbeiten am rechten Donauufer  
(violett)

Kommunal:

(rosa)

Wiener Landtag  
Wiener Gemeinderat  
Stadterneuerung: Immer wieder Information der Beteiligten  
Kranzniederlegungen  
Profitopolis-Ausstellung: Die Stadt als Spiegelbild  
der Gesellschaft  
Diese Woche kein Bürgermeister-Pressegespräch

Lokal:

(orange)

Burg- und Neustiftgasse werden beschleunigt

Kultur:

(gelb)

Ausstellungsprojekte der Stadtbibliothek für 1980  
Lebensbetrachtungen eines Wahlwieners

Nur  
über FS:

28.10. Sperre der Radetzkystraße

.....  
bereits am 26. oktober ueber fernschreiber ausgesendet  
.....

L o k a l :

=====

hochwasserschutz: weitere arbeiten am rechten donaudamm

1 wien, 26.10. (rk) hochwasserschutz fuer die leopoldstadt und die brigittenau soll der rechte donaudamm bieten: ein neues teilstueck dieses damms entlang der donau wird in kuerze begonnen.

der rechte donaudamm selbst ist derzeit rund 1,5 kilometer lang und reicht vom wehr nussdorf entlang des bahnhofs brigittenau bis nahezu zur floridsdorfer bruecke. nun wird an der fortsetzung des damms zur schnellbahnbruecke gearbeitet.

gebaut wird ein an der basis 60 meter breiter und 3,5 meter hoher damm, der parkartig ausgestaltet werden soll: mit baeumen, spazier- und radfahrmoeglichkeiten, begruenung und sitzplaetzen.

als naechster abschnitt des rechten donaudamms kommt danach der teil schnellbahnbruecke bis hoehe traisengasse an die reihe. nach seiner endgueltigen fertigstellung wird der rechte donaudamm bis zur einmuendung des donaukanals in die donau reichen.

kronprinz rudolf-bruecke-pfeiler taucht wieder auf

noch von der alten, 1872-76 erbauten kronprinz rudolf-bruecke - die nach dem ersten weltkrieg bekanntlich in reichsbruecke umbenannt, in den vierziger jahren erneuert wurde und seit drei jahren nicht mehr existiert - stammt der stummel eines pfeilers in der donau, der sich jetzt sozusagen wieder in erinnerung gerufen hat: bedingt durch die natuerlichen veraenderungen im strombett und die arbeiten an der neuen reichsbruecke ist ein teil eines pfeilers der kronprinz rudolfs-bruecke aus dem strombett 'herausgewachsen' und verursacht eine untiefe in der donau. das bundesstrombauamt wird daher, wie donnerstag bei einer sitzung der donauhochwasserschutz-konkurrenz (dhk) - der ausser dem bund auch das land nieder- ./.

29. oktober 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 2681

oesterreich und das land wien angehoeren - festgestellt wurde,  
baggerarbeiten durchfuehren, um diese untiefe wieder zu beseitigen.

als mitglied der donauhochwasserschutz-konkurrenz betreut wien  
uebrigens hochwasserschutzbauten von der ysper bis zur march: zahl-  
reiche dammbauten in diesem abschnitt der donau wurden von der dhk  
errichtet. (hs)

++++

k o m m u n a l :

=====

stadterneuerung: immer wieder information der beteiligten

1 wien, 29.10. (rk) in allen stadien der vorbereitung zur stadterneuerung werden die beteiligten informiert, denn "zur erreichung einer qualitaetvollen stadterneuerung muss die oeffentliche planung mehr gewicht erhalten und die bevoelkerung verstaerkt in alle stadterneuerungsvorgaenge eingeschaltet werden". so lautet ein hauptziel aus dem band "stadterneuerung und bodenordnung" des stadtentwicklungsplans fuer wien, der vor kurzem im druck erschienen ist.

es zeigt sich immer wieder, dass bei den stadterneuerungsvorgaengen die vielfaeltigen interessen, beduerfnisse und rechtsansprueche von grundeigentuemern, betriebsinhabern und ansaessiger sowie berufstaetiger bevoelkerung auf engstem raume zutage treten. die stadtverwaltung muss daher danach trachten, moeglichst frueh die zusammenarbeit mit der bevoelkerung des betreffenden gebietes zu suchen, um die stadterneuerungsziele erfolgreich, human und weitestgehend konfliktarm zu erreichen. die informationsveranstaltungen, die in verschiedenen stadien der untersuchungen abgehalten werden, sollen dazu beitragen, das haeufig aufkommende gefuehl der unsicherheit zu beseitigen. auch ist es sinnvoll und notwendig, die wuensche der bewohner bei der planung so weit wie moeglich zu beruecksichtigen. mit dieser vorgangsweise hat man bereits gute erfahrungen in den verschiedenen stadterneuerungsgebieten gemacht: in ottakring, auf dem storchengrund, dem ulrichsberg, in gumpendorf und auch bei der nun laufenden ersten informationsveranstaltung in meidling-wilhelmsdorf. (and)

0856

29. oktober 1979

'rathaus-korrespondenz'

blatt 2683

k o m m u n a l :

=====

kranzniederlegungen

2 wien, 29.10. (rk) buergermeister leopold g r a t z wird am kommenden mittwoch, dem 31. oktober, beginnend um 14 uhr, kraenze bei der grabstaette von buergermeister karl s e i t z , beim mahnmal fuer die opfer des faschismus, bei der bundespraesidentengruft und bei den denkmaelern fuer die opfer des ersten und zweiten weltkrieges niederlegen. (sti)

0857

k o m m u n a l :

=====

geehrte redaktion

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

3 wien, 29.10. (rk) am 8. november wird das neue kuehlhaus der wiener kuehlhaus-frigoscandia ges.m.b.h. in anwesenheit des schwedischen koenigspaares eroeffnet. der neue tiefkuehlschrank wiens, uebrigens einer der modernsten in europa, bietet nicht nur wiener unternehmungen neue moeglichkeiten, sondern wertet auch die bundeshauptstadt als drehscheibe zwischen ost und west auf.

anlaesslich der eroeffnung ladet der amtsfuehrende stadtrat fuer vermoegensverwaltung, staedtische dienstleistungen, konsumenten-schutz josef v e l e t a zu einer

p r e s s e k o n f e r e n z

ein, an der auch holding-generaldirektor dr. josef m a c h t l und der geschaeftsfuehrer der wiener kuehlhaus-frigoscandia ges. m.b.h. klaus k a m m e l teilnehmen werden.

bitte merken sie vor:

zeit: montag, 5. november, 19 uhr

ort: au-restaurant, 22, arbeiterstrandbadstrasse.

presse- und informationsdienst  
der stadt wien

k u l t u r :

=====

## ausstellungsprojekte der stadtbibliothek fuer 1980

4 wien, 29.10. (rk) fuer das kommende jahr plant die wiener stadt- und landesbibliothek wieder eine reihe ihrer bewaehrten und immer wieder sehr beachteten wechselausstellungen. im einzelnen sind es folgende ausstellungsvorhaben:

vom jaenner - april 1980 wird des bekannten wiener schriftstellers dr. friedrich sacher gedacht werden, der kuerzlich seinen 80. geburtstag feiern konnte. dr. sacher ist mit der bibliothek seit vielen jahren verbunden und hat ihr auch manuskripte und seine ueberaus umfangreiche briefkorrespondenz mit zahlreichen kulturellen persoenlichkeiten uebergeben.

vom mai - april 1980 wird eine ausstellung unter der devise 'schoene gebetbuecher' gezeigt werden, die in ausgewaehlten stuecken besonders interessante exemplare aus der umfangreichen gebetbuechersammlung der wiener stadt- und landesbibliothek zeigen wird. es handelt sich bei den ausstellungsstuecken um bibliophile kostbarkeiten, die praktisch bisher nie der oeffentlichkeit gezeigt worden sind, dies aber von ihrer aufmachung, gestaltung und der oft hohen kuenstlerischen drucktechnik her, abgesehen vom inhaltlichen, wohl verdienen.

die dritte ausstellung des jahres 1980, vom september bis zum ende des jahres, wird josef 2. (roem.), dem josephinismus und dem toleranzpatent gewidmet sein. die wiener stadt- und landesbibliothek verfuegt ja ueber einen ausserordentlich grossen und seltenen bestand an josephinica, der in der fachwelt bekannt und geschaezt ist. an hand dieser spezielsammlung werden ausgewaehlte exemplare besondere schlaglichter auf die josephinische zeit und die nach diesem kaiser genannte epoche werfen. diese ausstellung will aber in keiner weise die niederoesterreichische ausstellung in melk, beziehungsweise die fuer 1981 geplante ausstellung im historischen museum der stadt wien, am karlsplatz, konkurrenzieren, sondern ist als ergaenzende ausstellung zu diesen beiden grossausstellungen gedacht. (red

k o m m u n a l :

=====

profitopolis-ausstellung:

die stadt als spiegelbild der gesellschaft

6 wien, 29.10. (rk) ein klares bekenntnis zur stadt mit ihren vielfaeltigen formen des wohnens erbrachte - trotz mancher kritik - die letzte diskussion im rahmen der profitopolis-ausstellung, an der die stadtraete h a t z l und univ.-prof. dr. w u r z e r , gr. b u s t a sowie die architekten f e h r i n g e r , w a c h - b e r g e r und g l u e c k teilnahmen.

''es ist zwar mode geworden, die stadt zu verteufeln, doch muessten gerade ernsthaftere auseinandersetzungen dazu beitragen, das steinwurfritual auf die grosstadt zu beenden,'' sagte wurzer. die stadt sei ein spiegelbild der gesellschaft, von den menschen geplant und gebaut. derzeit versuche man in wien mit hilfe von bezirksentwicklungsplaenen eine ausgewogene struktur zwischen wohnen, arbeit und freizeit zu erzielen. stadterneuerung koenne in wien - schon auf grund der flaechenwidmungen und grundstuecksproblematik - nur kleinflaechig vor sich gehen.

auch wohnen-stadtrat hatzl bekannte sich zur kleinflaechigen stadterneuerung, da man auch die sozialen aspekte beruecksichtigen muesse. gerade die aelteren menschen, die jahrelang in einem bestimmten stadtgebiet leben, koennten nicht einfach in ein anderes gebiet verpflanzt werden. wien stehe in seiner stadterneuerung gegenueber anderen europaeischen grosstaedten jedoch nicht zurueck. durch eine vielzahl von massnahmen, wie durch wohnungsverbesserung, lueckenverbauung, revitalisierung und flaechensanierungen, wird die wohnumwelt verbessert und die lebensqualitaet in abgewohnten stadtgebieten gehoben.

beim wohnungsneubau will stadtrat hatzl kuenftig noch mehr detailfragen beruecksichtigen. die mieter von gemeindewohnungen sollen - aehnlich wie dies in genossenschaftsbauten ueblich ist - ./.



einige zeit nach der besiedlung ueber ihre wuensche oder probleme befragt werden.

die architekten wiesen besonders auf die notwendigkeit der kooperation zwischen architekten, bauherrn und kuenftigen bewohnern hin. ausserdem sprachen sie sich fuer kleinere objekte beim wohnbau aus, obwohl-wie architekt glueck und gr. busta einstimmig betonten-gerade im wohnpark alt-erlaa ein besonders hohes mass an kommunikation zwischen den bewohnern gegeben, und das experiment der mietergemeinschaft geglueckt sei. (ba)

1042

k o m m u n a l :

=====

## wiener landtag (1)

8 wien, 29.10. (rk) unter dem vorsitz seines ersten praesidenten hubert p f o c h → trat der wiener landtag am montag zu einer sitzung zusammen.

der erste bericht der volksanwaltschaft an den landtag wurde dem ausschuss fuer personal- und rechtsangelegenheiten zugewiesen. die sitzung des landtages wurde mit einer fragestunde eingeleitet.

die e r s t e a n f r a g e von labg. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe), welche aenderungen der brandschutzbestimmungen nach den juengsten brandkatastrophen beabsichtigt seien, beantwortete stadtrat n e k u l a : die bauordnungsnovelle 1976 regelte diese fragen neu. fuer einen grossteil der beherbergungsstaetten wurde die beneutzungsbewilligung jedoch schon vorher erteilt. es besteht deshalb sicherlich ein gewisser nachholbedarf im hinblick auf die technische entwicklung. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , welche vorschlaege zur aenderung der gesetzelage von der baupolizei gemacht wurden, antwortete nekula, dass ein arbeitsteam zusammengestellt wurde, dass sich mit diesen fragen beschaeftigt. auf die z w e i t e z u s a t z - f r a g e , welche initiativen er selbst setzen werde, wies nekula auf die bestehenden rechtsmoeglichkeiten hin, brandschutz-einrichtungen zu pruefen. dabei besteht allerdings die problematik, dass einrichtungsgegenstaende vom rechtlichen instrumentarium nicht erfasst werden.

auf die z w e i t e a n f r a g e von labg. dkfm. b a u e r (fpoe), wie sich die tatsache rechtfertigen lasse, dass fuer jugendheime geringere feuerpolizeiliche auflagen vorgesehen sind als bei hotels, antwortete stadtrat n e k u l a , dass ein solcher unterschied nicht besteht. die bauordnung fasst heime und hotels unter dem sammelbegriff beherbergungsstaetten zusammen. warum wurden dann fuer das studentenheim doebbling zusaetzliche auflagen erteilt, stellte bauer eine e r s t e z u s a t z - ./.

f r a g e . nekula wies darauf hin, dass es im bedarfsfall moeglich ist, zusaetzliche verschaerfte auflagen zu erteilen. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , warum ein unterschied zwischen heimen und hotels bestehe - das studentenheim doebbling ist im sommer ein hotel -, stellte nekula neuerlich fest, dass aufgrund der bauordnung ein solcher unterschied nicht besteht.

auf die d r i t t e a n f r a g e von labg. maria k u h n (spoe), von welchen zielsetzungen man sich bei den beratungen ueber eine allfaellige novellierung des vergnuegungssteuergesetzes leiten lasse, antwortete stadtrat m a y r , dass kulturelle und sportliche aktivitaeten, welche die stadtverwaltung foerdert, um das leben in der stadt attraktiver zu machen, nicht von der vergnuegungssteuer betroffen sein sollten. auch die steuerbefreiung fuer veranstaltungen in betrieben soll ausgebaut werden. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , mit welchen mindereinnahmen dadurch gerechnet werden muesse, antwortete mayr, dass die novelle so gestaltet werden soll, dass sich eine aufkommensneutralitaet ergebe. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , wie das erreicht werden soll, wies mayr darauf hin, dass die besteuern von unterhaltungsspielapparaten staerker ausgebaut werden soll. moeglichkeiten der besteuern ergeben sich auch bei den derzeit illegal aufgestellten geldspielautomaten. (ger) (forts.)

1126

## wiener landtag (2):

9 wien, 29.10. (rk) auf die v i e r t e a n f r a g e von labg. dr. g o l l e r (oevp), in welchen faellen das entfernen von baeumen im rahmen des wiener baumschutzgesetzes ohne behoerdliche bewilligung moeglich ist, antwortete stadtrat s c h i e d e r (spoe), dass ein entfernen ohne behoerdliche bewilligung in neuen faellen moeglich sei. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob oeffentlich rechtliche koerperschaften bei der vornahme von ersatzpflanzungen bevorzugt behandelt werden, antwortete schieder, dass ihm derartiges nicht bekannt ist. auf die z w e i t e z u - ./.

s a t z f r a g e nach ersatzpflanzungen beim bau der vorortelinie antwortete schieder, dass nach den bestimmungen des baumschutzgesetzes vorgegangen werde.

auf die f u e n f t e a n f r a g e von labg. mag. k a u e r (oevp) nach moeglichen kompetenzabtretungen an das bundesministerium fuer gesundheit und umweltschutz, stellte stadtrat s c h i e d e r (spoe) fest, dass allgemein ueberlegungen getroffen werden, die kompetenzen des umweltschutzes besser und einheitlich zu regeln. durch die foederalistischen bestimmungen wie z.b. bei der luft- und wasserreinhaltung koennten verschiedene belange des umweltschutzes nicht einheitlich gesetzlich wahrgenommen werden. die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob schieder einer kompetenzabtretung zustimmen werde, bejahte schieder unter der voraussetzung, wenn dadurch bessere und einheitlichere regelungen getroffen werden koennten. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob sich schieder gedanken ueber weitere konkrete massnahmen zur kompetenzregelung gemacht habe, antwortete der stadtrat, dass diese nicht gegenstand der vollziehung des Landes wien seien.

auf die s e c h s t e a n f r a g e von labg. mag. kauer (oevp), wieviel stationaere radarueberwachungsanlagen derzeit in wien der verkehrspolizei zur verfuegung stehen, antwortete stadtrat n i t t e l (spoe), dass es in wien derzeit zwei mobile ueberwachungsanlagen gibt. eine dritte anlage mit anschaffungskosten von einer halben million schilling soll bis ende des jahres zur verfuegung stehen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach der zahl der verkehrstoten, antwortete nittel, dass es im letzten jahr bei 6.000 unfaellen 131 tote gegeben habe. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e nach den massnahmen, diese zahl zu senken, antwortete nittel, dass die ueberwachung durch die polizei verstaerkt werde und ausserdem eine reihe von baulichen massnahmen getroffen werden, um unuebersichtliche und gefaehrliche situationen zu entschaerfen. laut statistik hat es vor zehn jahren ungefaehr 100 verkehrstote mehr gegeben. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (3):

10 wien, 29.10. (rk) auf die s i e b e n t e a n f r a g e von labg. dr. h i r n s c h a l l (fpoe), was getan wird, um den versuchen auswaertiger gemeinden, die wiener zweitwohnbewohner zu erstmeldungen zu veranlassen, zu begegnen, antwortete landeshauptmann g r a t z , dass die magistratsdirektion in einer stellungnahme zur volkszaehlungsverordnung angeregt hat, kriterien zu finden, die den hauptwohnsitz definieren. solche kriterien koennten zum beispiel die naehe zum berufsort oder der schulort der kinder sein. auf eine e r s t e z u s a t z f r a g e , ob es initiativen des bundes fuer eine objektive und korrekte abwicklung der volkszaehlung 1981 gibt, antwortete gratz, dass derzeit die volkszaehlungsverordnung ausgearbeitet wird. in wien wird man die zaehlgorgane besonders schulen, damit sie die menschen auf die nachteile, die mit einer abmeldung aus wien verbunden sind, aufmerksam machen koennen.

auf die a c h t e a n f r a g e von landeshauptmann-stellvertreter dr. b u s e k (oevp), welche vorarbeiten zu einer aenderung des wiener unvereinbarkeitsgesetzes getroffen wurden, antwortete landeshauptmann g r a t z , dass die stadt wien keine vorarbeiten unternommen hat. fuer wien gilt das unvereinbarkeitsgesetz des bundes und man wartet entsprechende bundesweite regelungen ab. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob der vorschlag von klubobmann dr. fischer, das unvereinbarkeitsgesetz auf jene unternehmen, die der kontrolle des rechnungshofes unterliegen, anzuwenden, auch fuer wien gelten koennte, antwortete gratz, dass es fuer wien selbstverstaendlich ist, dass, sollte der bund in dieser richtung einen beschluss fassen, das land wien eine gleichartige regelung ins auge fassen wird. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob eine solche regelung auch fuer geschaeftsfuehrer und vorstaende der wiener holding gelten wuerde, antwortete gratz, dass, eine entsprechende regelung des bundes vorausgesetzt, wien einer regelung beitreten wird, die dann fuer ganz oesterreich geltung hat. /.

mit der a c h t e n a n f r a g e war die fragestunde des landtages erschöpft. landtagspraesident pfoch berichtete dem landtag dass von der oevp eine d r i n g l i c h e a n f r a g e an den finanzstadtrat ueber voraussichtliche finanzielle belastungen der wiener bevoelkerung vorliegt. die anfrage wird vor ende der landtags-sitzung behandelt. (sei) (forts.)

1138

#### wiener landtag (4)

11 wien, 29.10. (rk) entsprechend der regelung auf bundesebene sollen saemtliche tarife in einer norm zusammengefasst werden, er-klaerte stadtrat hans m a y r (spoe) als berichterstatter zur vorlage des gesetzes, mit dem das gesetz ueber die festsetzung des ausmasses von verwaltungsabgaben im bereich des landes und der ge-meinde wien und die einhebung von amtstaxen im verfahren nach dem wiener landes- und gemeindeabgabengesetz geaendert wird.

a b s t i m m u n g : in erster und zweiter lesung einstimmig angenommen.

#### hundesteuer

die hundesteuer in wien ist vor 28 jahren zum letztenmal geaendert worden, betonte stadtrat hans m a y r (spoe) als berichterstatter bei der vorlage des gesetzes, mit dem die hunde-steuer in wien angehoben wird. die jaehrliche abgabe fuer den ersten hund pro haushalt soll nach diesem gesetz 400, fuer jeden weiteren hund 600 schilling betragen. fuer wachhunde in land- und forst-wirtschaftlichen betrieben wird eine um 200 schilling ermaessigte hundemarke ausgegeben. wie mayr weiter betonte, sei eine neuer-liche erhoehung dieser steuer sicher nicht kurzfristig moeglich.

labg. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) betonte, dass die er-hoehung der hundesteuer fuer zahlreiche seniorenen eine echte haerte bedeute. die von den sozialisten vorgeschlagene loesung, keine sozial begruendeten ausnahmen zuzulassen und dafuer dem wiener tierschutzverein eine subvention zur finanziellen unterstuetzung der weniger bevorzugten hundehalter zu geben, sei nicht zumutbar. ./.

hirnschall brachte daher einen entsprechenden **a b a e n d e - r u n g s a n t r a g** ein: fuer pensionisten solle sich die hundeabgabe auf 100 schilling pro kalenderjahr ermaessigen, sofern das einkommen des abgabepflichtigen den jeweiligen richtsatz der ausgleichszulage nach dem asvg um nicht mehr als 50 prozent uebersteigt. diese grenze liegt bei alleinstehenden derzeit bei rund 5.000, bei ehepaaren bei 7.500 schilling. abschliessend forderte hirnschall auch eine wiederverlautbarung der die hundeabgabe betreffenden bestimmungen.

einen weiteren abaenderungsantrag brachte labg. gertrude **h a e r t e l** (oevp) ein: bei ausgleichszulageempfaengern, sozialhilfeempfaengern gemaess dem wiener sozialhilfegesetz und koerperbehinderten im sinne des wiener behindertengesetzes solle die abgabe auf 100 schilling reduziert werden, ebenso fuer pensionisten, die das 60. lebensjahr ueberschritten haben. ausserdem wird in dem antrag gefordert, die haelfte der ertraegnisse der abgabe fuer massnahmen, die zur verbesserung der probleme der hundehaltung im stadtgebiet dienen, zu verwenden. ueberhaupt von der abgabepflicht befreit werden sollen organe des naturschutzes und des bewachungsdienstes.

die oevp sei, so haertel, grundsaeztlich nicht gegen die erhoehung der hundesteuer, koenne dem gesetz aber nur unter beruecksichtigung ihres abaenderungsantrags zustimmen. (hs)

labg. **m a y r h o f e r** (spoe) wies darauf hin, dass es bei der hundesteuer seit fast drei jahrzehnten keine veraenderung gegeben habe. ueber die berechtigung einer erhoehung besteht ueberhaupt kein zweifel. die hundesteuer lag in wien viele jahre unter den saetzen anderer groesserer staedte in oesterreich. in zukunft wird sie etwas darueber liegen, wobei aber in absehbarer zeit ein ausgleich zu erwarten ist. die abgabe fuer hunde in bewachungsbetrieben ist als betriebsausgabe steuerlich zu beruecksichtigen. zur frage der entrichtung der hundesteuer durch alte menschen stellte mayrhofer fest, dass alt nicht immer gleich arm bedeute. fuer die aelteren menschen ist unter der spoe-regierung mehr geschehen als je zuvor. die stadt wird dafuer sorgen, dass jenen menschen, denen die ent-

richtung der erhoehten hundeabgabe nicht zugemutet werden kann, geholfen wird. mayrhofer brachte einen b e s c h l u s s a n t r a g ein, dass in haertefaellen beduerftigen personen eine erleichterung gewaehrt wird.

die zunehmende haltung von reitpferden in der stadt ergebe probleme, erklarte mayrhofer. er brachte in diesem zusammenhang einen b e s c h l u s s a n t r a g ein, zu pruefen, ob die einhebung einer abgabe fuer die haltung von pferden rechtlich moeglich und zweckmaessig sei.

stadtrat m a y r nahm zu dem antrag der oevp-stellung und bezeichnete ihn als nicht sachgerecht. so wuerde die ermaessigung fuer pensionisten ueber 60 jahren bedeuten, dass jemand, der mit geringer pension mit 55 jahren in pension geht, nicht beruecksichtigt wuerde. die stadt wien werde dafuer sorgen, dass jenen, die es wirklich brauchen, die erhoehung abgegolten wird. es ist aber sinnvoll, dies nicht durch ein steuergesetz, sondern durch beschluesse des gemeinderates festzulegen.

a b s t i m m u n g : die antraege der fpoe und der oevp wurden mit den stimmen der spoe abgelehnt. die antraege der spoe wurden einstimmig zugewiesen. die gesetzesvorlage wurde mit den stimmen der spoe angenommen. (ger) (forts.)

1255

wiener Landtag (5):

dringliche oevp-anfrage

13 wien, 29.10. (rk) in einer d r i n g l i c h e n a n - f r a g e der oevp an den amtsfuehrenden stadtrat fuer finanzien und wirtschaft wurde eine information ueber die voraussichtlichen belastungen der wiener bevoelkerung in der naechsten zeit verlangt.

wie landtagsabgeordneter fritz h a h n feststellte, wird das kommende jahr nachweislich nettorealeinkommensverluste fuer die bevoelkerung mit sich bringen. in naechster zeit soll eine reihe von wiener abgaben, gebuehren und tarifen auf landesebene drastisch erhoeht werden: beispielsweise wird die hundesteuer um 400 beziehungs-./.



weise 600 prozent erhoert, die tarife der oeffentlichen verkehrsmittel um rund 18 prozent, strom und gas zwischen 15 und 20 prozent, fernwaerme sogar bis zu 30 prozent. am meisten betroffen seien die pensionisten, jene menschengruppe die sich am wiederaufbau beteiligt hat und der nunmehr keine gewerkschaft mehr helfe. wie hahn feststellte, haben jedoch die gewerkschaften in den meisten faellen der regierung ohnedies die mauer gemacht. die bevoelkerung hat ein recht zu wissen, welche belastungswelle 1980 auf sie zurollt, sagte hahn.

das steuer- und tarifroulette sei voll im gang, stellte labg. dkfm. a m m a n n (oevp) fest. die entwicklung auf landesebene stehe im zusammenhang mit den verschiedensten steuer- und gebuehren-erhoehungen des bundes und der erhoehung der sozialversicherungsbeitraege. sie stelle eine belastungslawine dar, die alle haushalte trifft. die grossen projekte in wien, wie das allgemeine krankenhaushaus, die donauinsel, die uno-city, die stadterweiterungsprojekte seien zwar sehr schoen, aber viel zu teuer. jeder wiener habe das recht zu erfahren, wieviel steuern und abgaben er im naechsten jahr bezahlen muss und in welchem ausmass jeder einzelne belastet wird.  
(ba)

die wiener muessen jetzt zahlen, was von der regierenden rathausmehrheit in den letzten jahren verschlampt wurde, erklarte labg. f u e r s t (oevp). neben dem bauring sind bei der reichsbruecke, beim weststadion, beim schafbergbad, beim hallenstadion und beim akh durch planungs- und sorgfaltsmaengel rund 3,5 milliarden verloren gegangen. in diesem sinne hat buergermeister gratz recht, als er bei der bauring-debatte erklarte, dass es keinen weihnachtsmann gaebe, der die verluste des baurings abdecken kann.

wiens sozialisten sind bei der gestaltung der tarife und abgaben ihren grundsuetzen treu geblieben, erklarte dkfm. b a u e r (fpoe). zu beginn einer verwaltungsperiode werden die tarife explosionsartig erhoert, dann folgt im durchschnitt jedes vierteljahr eine weitere erhoehung und im jahr der gemeinderatswahlen wird nicht erhoert. bauer kritisierte, dass die erhoehungen ohne entsprechende kaufmaennische nachweise beantragt werden, dass sich die erhoehungen./

stets ueber der inflationsrate bewegen und dass sie oftmals rueck-sichtslos und unsozial sind. die erhoehung bei den verkehrsbetrieben erfolgt zum denkbar unguenstigsten zeitpunkt. gerade jetzt, wo ein umdenken erfolgt und viele menschen bereit sind, auf oeffentliche verkehrsmittel umzusteigen, macht man wahrscheinlich mit der tarif-erhoehung diese bemuehungen zunichte. (se1) (forts.)

1306

wiener landtag (6):

14 wien, 29.10. (rk) labg. p o e d e r (spoe) bedauerte in seinem debattenbeitrag, dass gerade jene vertreter der volkspartei schwiegen, die es als mitarbeiter der wirtschaft eigentlich besser wissen muessten. gleichzeitig wies poeder auf die teuerungsraten der letzten jahre - seit 1977 rund 16 prozent - und auf die verteuerung des oels - der preis pro tonne stieg seit jaenner 1979 von 1.350 auf 1.790 s - hin. nettoreallohnverluste werde es jedoch, so poeder, hoechstens bei spitzengehaeltern geben. notwen-dig sei eine politik des absicherns und abstuetzens, wie sie in oesterreich auch betrieben werde. zum thema gewerkschaften meinte poeder, dass die gewerkschaften sicher nicht eine steuersenkung im ausmass der senkung 1975 erzwingen wuerden, wenn der preis dafuer 150.000 arbeitslose waeren. poeder wandte sich ausserdem gegen den politischen stil der oevp, die zwar in toenen des grossen ver-staendnisses spreche, in ihren handlungen jedoch kleinliche, diffamierende angriffe fuehre.

Landtagspraesident hahn (oevp) wies nochmals darauf hin, dass durch die belastungen des kommenden jahres nettorealverluste ent-stehen wuerden, die vor allem die bezieher von einkommen ab 11.000 s treffen wuerden. gleichzeitig kritisierte hahn die mangelnde koordinierung innerhalb der vizepraesidenten des oegb, von denen, wie hahn meinte, der grossteil in der steuerfrage der regierung ohnehin nicht 'die mauer mache'. (hs) (forts.)

1325

k o m m u n a l :

=====

## wiener landtag (7)

16 wien, 29.10. (rk) stadtrat m a y r stellte in seiner anfragebeantwortung fest, dass die stadt wien bei erhoeungen kaum jemals vorangeht, sondern auf preiserhoeungen reagiert, die in der privatwirtschaft vorgenommen wurden und sehr oft vorgenommen werden mussten. die wirtschaftspolitik sollte sich nicht danach ausrichten, gegen wen es jeweils geht, sondern es sollte eine mindestsachgrundlage vorhanden sein. die veranlagte einkommenssteuer stieg von 17,6 milliarden im jahr 1974 auf 17,7 1978, die lohnsteuer im gleichen zeitraum von 27,3 milliarden auf 51,3 milliarden. er wuerde dazu von seiten der oevp gerne die gleichen sachenlichen toene hoeren wie von seiten der gewerkschaften.

mayr kritisierte die poliik der 'kindesweglegung' seitens der oevp: sie habe den abwassergebuehren zugestimmt, er habe eigentlich die hoffnung gehegt, dass zustimmen auch dazustehen bedeute. er verstehe nicht, sagte mayr im zusammenhang mit der hundeabgabe, dass eine erhoeung in der debatte als exorbitant bezeichnet wird, wenn man zugleich ankuendigt, dieser erhoeung zustimmen zu wollen, wenn nur ein paar ausnahmeregelungen eingefuegt werden. zur frage des steuerfindungsrechtes erklarte mayr, dass die staedte wesentlich mehr in den finanzausgleichstopf zahlen als sie zurueckbekommen. es ist klar, dass ein solidaritaetsbeitrag fuer die finanzschwachen gemeinden zu leisten sei, aber auch der bedarf der groesseren staedte sei zu decken.

bei der frage der finanzierung des oeffentlichen nahverkehrs sei eine gesamtoesterreichische sicht der dinge notwendig. im gesamten bundesgebiet mit ausnahme einiger staedterischer regionen wird der nahverkehr durch den bund erbracht. das defizit in der groessenordnung von 16 bis 17 milliarden belastet jeden oesterreichischen steuerzahler unabhaengig von seinem wohnsitz. dies sei in ordnung. nicht in ordnung sei aber, dass die einwohner der stadregionen darueber hinaus fuer ihre eigenen verkehrsbetriebe steuerleistungen ./.  
/.

bringen muessen. eine gesamtosterreichische loesung waere notwendig, wobei auch jene laender einen beitrag zu den kosten des nahverkehrs leisten muessten, die derzeit vom bund allein bedient werden.

durch die tarifregelung bei den wiener verkehrsbetrieben soll der realwert des tarifs von 1976 wiederhergestellt werden. mayr bekannte sich dazu, dass die oeffentliche hand einen beitrag zu den kosten des nahverkehrs zu leisten habe. aber auch die benuetzer der oeffentlichen verkehrsmittel muessen dazu einen zumutbaren beitrag leisten. mayr wies darauf hin, dass in diesen wochen in muenchen eine erhoehung der tarife fuer die oeffentlichen verkehrsmittel um 30 prozent vorgenommen werde.

mayr sprach sich fuer einen tarifverbund zwischen wiener verkehrsbetrieben, bundesbahnen, niederoesterreich und burgenland aus. man muesse aber auch darauf aufmerksam machen, dass die vorteile davon nur zum geringsten teil die wiener selbst, vor allem jedoch die einpendler aus dem umland haetten.

zu den absichten im einzelnen stellte mayr fest, dass die hundeabgabe und die verwaltungsabgaben im heutigen landtag behandelt wurden. mit der erhoehung der verkehrsbetriebe-tarife wird eine anpassung an die kostenentwicklung vollzogen.

e-werke und gaswerke haben - so wie alle anderen energieverorgungsunternehmen - antraege bei der preisbehoerde eingebracht. das ausloesende moment sind die steigenden kosten der primaerenergien oel und gas.

in diesem zusammenhang wies mayr darauf hin, dass eine entscheidung getroffen werden muesse, ob die energiepreispolitik regional oder gesamtosterreichisch betrieben werden soll. in jenen laendern, wo die stromerzeugung vorwiegend in wasserkraftwerken erfolgt, spielt die komponente primaerenergie keine rolle, waehrend die laender mit kalorischen kraftwerken steigende primaerenergiekosten zu verzeichnen haben. verschaerft wird dieses problem noch dadurch, dass auf jenem gebiet, wo die laender mit kalorischen kraftwerken einen gewissen regionalen vorteil haetten, naemlich auf dem erdoelsektor, sehr wohl eine gesamtosterreichische preisregelung besteht. er vermisste, erklaerte mayr, eine stellungnahme der oevp zu diesem problemkreis.

fuer die fernwaermeversorgung gelte grundsaeztlich aehnliches wie fuer den strom- und gaspreis. die tariffestsetzung erfolge aber in eigenverantwortung des unternehmens.

der gebuehrenspegel sei derzeit in arbeit. er kann nicht vor der festsetzung des voranschlags erstellt werden. der gebuehrenspegel werde dem gemeinderat rechtzeitig vorgelegt werden. grundsaeztlich werde man beim kostendeckungsprinzip verbleiben. die steuer-, tarif- und gebuehrenpolitik des landes wien werde auch weiterhin so wie bisher auf die tragfaehigkeit der wirtschaft, auf die konkurrenzfaehigkeit gegenueber dem umland und auf die zu erbringenden sozialen leistungen bedacht nehmen, erklarte mayr abschliessend. (ger) (schluss)

k u l t u r :

=====

## Lebensbetrachtungen eines wahlwieners

12 wien, 29.10. (rk) zu einer familienfeier gestaltete sich die praesentation des buches "ein mann vom lande oder namenlose zwillingsbrueder" von hofrat prof. dr. albert m i t r i n g e r , die der oberoesterreichische landesverlag im presseclub concordia in wien vornahm. mitringer, der aus steyr stammt und als junger mensch nach wien kam, war mitarbeiter der wiener volksbildung, wurde dann leiter der staedtischen buechereien und war viele jahre direktor der wiener stadtbibliothek. er war auch langjaehriger vorsitzender des direktionsrates der wiener symphoniker und ist noch heute vorstandsmitglied des presseclubs concordia. in seinem kleinen aber koestlichen prosaband, in dem er eine art gespraech mit sich selber fuehrt, nimmt er eine art heimkehr in seine oberoesterreichische heimat vor. bei der praesentation trug carl hans w a t z i n g e r aus dem neuen band mitringers vor. (ab)

1257

29. oktober 1979

'rathaus-korrespondenz''

blatt 2701

k o m m u n a l :

=====

diese woche kein buergermeister-pressegesprach

7 wien, 29.10. (rk) in dieser woche findet kein pressegesprach  
des wiener buergermeisters statt. (st1)

1042

L o k a l :

=====

burg- und neustiftgasse werden beschleunigt

21 wien, 29.10. (rk) in der nacht vom 30. auf den 31. oktober werden in der burggasse und in der neustiftgasse die fuer die neue regelung des ruhenden verkehrs massgeblichen verkehrszeichen montiert. anstelle der bisherigen spitzenzeithalteverbote treten absolute halteverbote, kurzparkzonen und ladezonen. damit soll der verkehrsfluss in der burggasse und in der neustiftgasse beschleunigt werden. (gab)

1543



k o m m u n a l :

=====

## wiener gemeinderat (1)

17 wien, 29.10. (rk) die sitzung des wiener gemeinderates unter dem vorsitz von gr. m a y r h o f e r (spoe) begann mit der f r a g e s t u n d e .

auf die e r s t e a n f r a g e von gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) bezueglich des belueftungssystems in der u-bahn, antwortete stadtrat n i t t e l (spoe), dass die belueftung der u-bahn derzeit ueber ein ventilatorensystem erfolgt. durch das bremsen der wagen steigt die ansaugtemperatur, wodurch ein unerwuenschter aufheizeffekt in den waggons entstehe. derzeit wird an der umkehrung des belueftungssystems gearbeitet. die umruestung der garnituren wird bis april 1980 abgeschlossen sein. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , warum man sich nicht am beispiel im ausland orientiert habe, antwortete nittel, dass gerade die beschwerden der auslaendischen fahrgaeste zur anwendung einer neuen konstruktion gefuehrt haben. die kostenaufstellung fuer die umruestung werde schriftlich an gr. pawkowicz erfolgen.

auf die z w e i t e a n f r a g e von gr. s e e b o e c k (spoe) wann das provisorium der sued-ost-tangente, abfahrt landstrasser guertel durch die endgueltige strassenfuehrung ersetzt werde, sagte stadtrat n i t t e l , dass er noch keinen konkreten bautermin angeben koenne, da das generelle projekt noch in arbei sei und erst vom bautenministerium genehmigt werden muesse. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e bezueglich der absiedlung eines klubhauses antwortete nittel, dass das absiedlungsverfahren bereits eingeleitet sei.

auf die d r i t t e a n f r a g e von gr. maria h a m p e l - f u c h s (oevp) inwieweit beim neubau von stationen von oeffentlichen verkehrsmitteln auf aeltere menschen und muetter ruecksicht genommen werde, antwortete stadtrat n i t t e l , dass bei allen neuen projekten fahrtreppen, bei besonderer tieflage auch lifte eingebaut werden sollen. bei der guertelstadt-bahn werde derzeit die moeglichkeit des lifteinbaus ueberprueft, bei

der wientalstadtbahn sei dies auf grund der beengten räumlichen verhältnisse nicht möglich. auf die erste zusatzfrage, ob auch bei den stationen der strassenbahnlinie '64' lifte oder fahrtreppen eingebaut werden, sagte nittel, dass der ausbau auf jeden fall erfolge, sobald die linie als u-bahn- gefuehrt werde. der derzeitige umbau wuerde etwa fuenf millionen kosten. auf die zweite zusatzfrage, zu welchem ergebnis die laufenden ueberpruefungen gefuehrt haben, sagte der verkehrsstadtrat dass prinzipiell bei allen kuenftigen projekten je nach der baulichen ausfuehrung entweder lifte, fahrtreppen oder rampen eingeplant werden. auf die vierte anfrage von gr. ing. kreiner (oevp) ueber die verhandlungen mit dem bund wegen der lkw-abstellplaetze unter der sued-ost-tangente, antwortete stadtrat nittel, dass ein grundsatzvertrag mit dem bund ueber die generelle nutzung der flaechen unter hochstrassen angestrebt werde. ein teil der flaechen wurde von der stadt wien fuer lagerzwecke bereits in anspruch genommen. (ba) (forts)

1441

## wiener gemeinderat (2)

18 wien, 29.10. (rk) die fuenfte anfrage wurde zurueckgezogen. auf die sechste anfrage von gr. haberl (spoe), ob bekannt ist, aus welchen gruenden das auf den draschegrunden geplant gewesene einkaufszentrum nicht errichtet worden ist, antwortete stadtrat mayr (spoe), dass man das nicht sicher beantworten kann. man konnte nur einen bestimmten eindruck aus einem im nachrichtenmagazin ''profil'' erschienenen artikel bekommen. in diesem artikel wird festgehalten, dass die baufirma universale ueber einen dritten gelder an personen bezahlte, die mit der durchfuehrung des projektes auf den draschegrunden befasst waren. nach zahlung dieser gelder hat sich nach darstellung des ''profil'' das projekt draschegrunde ''aufgeloest'' und es wurde ein paar hundert meter suedlich ausserhalb wiens ein einkaufszentrum gebaut, an dem die universale zu 40 prozent beteiligt ist. da die darstellungen im nachrichtenmagazin ''profil'' bisher

unwidersprochen blieben, sollte man sich mit diesen dingen naeher beschaeftigen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wer eigentuemer der universale ist, antwortete stadtrat mayr, die creditanstalt-bankverein. vorsitzender des aufsichtsrates ist syndikus dr. kurt grimm, sein stellvertreter dr. guido schmidchiari. die ca versuchte, auch in anderen faellen betriebe aus wien zu verlagern. so soll die verwaltung von semperit nach traiskirchen verlegt werden und der austria-email soll nun nach der betriebsstaette in simmering auch die zweite betriebsstaette in ottakring geschlossen werden. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob dies geschaeftsbeziehungen zur stadt wien tangieren werde, antwortete mayr, dass es keine reaktionen geben werden, bevor es nicht endgueltige klarheit ueber die richtigkeit oder nichtrichtigkeit der im nachrichtenmagazin "profil" erhobenen vorwuerfe gibt. mayr forderte die pruefungsstellen des finanzministeriums auf, klarheit in die dinge zu bringen, weil die im profil erhobenen vorwuerfe auch auf eine steuerhinterziehung hinauslaufen.

auf die s i e b e n t e a n f r a g e von gr. h a h n (oevp), ob es richtig ist, dass sich die republik oesterreich dem verfahren der firma strassgschwandtner und ambros gegen die gemeinde wien betreffend klaerung der verschuldensfrage beim sogenannten "bauskandal weststadion" angeschlossen hat, antwortete buergermeister g r a t z , dass der masseverwalter auf die herausgabe der einbehaltenen betraege wegen der nichtrichtigkeit der bauausfuehrung geklagt habe, dass sich die republik dieser klage angeschlossen hat. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , dass bereits im jahre 1975 maengel erkennbar waren, und was damals unternommen wurde, diese maengel zu beseitigen, antwortete gratz, dass er dies ohne einsicht in die akten nicht beantworten koenne. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , wann der rechnungshofbericht ueber das weststadion und ueber die gebarung der gemeinde wien vorgelegt wird, antwortete gratz, dass dies geschehen werde, wenn der rechnungshof auf grund der stellungnahme der wiener landesregierung eine endgueltige erklaerung abgibt.

auf die a c h t e a n f r a g e von gr. dr. h i r n - s c h a l l (fpoe), wie er sich zu der tatsache stelle, dass die vorstandsmitglieder der wiener messe ohne genehmigung der gemeinde-

holding 20 1/2 monatsgehaelter beziehen, antwortete stadtrat v e l e t a (spoe), dass es bei der wiener messe seit jahrzehnten ueblich ist, dass die dienstvertraege zwischen dem aufsichtsrat und dem vorstand abzuschliessen sind. bereits vor gruendung der holding bestand eine regelung mit 19 monatsgehaeltern zuzueglich einer erfolgspraemie. die erfolgspraemie wurde in den jahren 1976, 1977 und 1978 ausbezahlt und fuer das jahr 1979 ist eine gleichartige praemie nicht vorgesehen. beim dritten vorstandsdirektor, der auf vorschlag von der wiener handelskammer nominiert wurde, wurde von der wiener handelskammer darauf bestanden, dass dieser vorstandsdirektor den anderen direktoren gleichgestellt wird. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , dass der aufsichtsrat nicht informiert war, sondern nur das praesidium, antwortete stadtrat veleta, dass in materieller hinsicht die gehaelter der messedirektoren branchenueblich sind. er habe jedoch die wiener holding angewiesen, dass eine reduzierung der anzahl der gehaelter versucht werden soll. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , wie er sich zu der aeusserung von generaldirektor hintischig stelle, der sich bei einer verdoppelung seiner bezuege mit 12 monatsbezuegen zufrieden gebe, verwies veleta auf seine bisherigen aeusserungen, vor allem auf seine anweisung an die holding, eine reduzierung der anzahl der gehaelter zu versuchen.

auf die n e u n t e a n f r a g e von vbgm. dr. b u s e k (oevp), wie weit die verhandlungen zwischen der gemeinde wien und der wiener gebietskrankenkasse betreffend den ankauf eines grundstueckes in wien 6, linke wienzeile 24 - 26, bisher gediehen sind, antwortete stadtrat v e l e t a (spoe), dass die gebietskrankenkasse dieses areal 1967 kaufte, um ein verwaltungsgebaeude darauf zu errichten. diese plaene wurden nicht realisiert, und so bot die gebietskrankenkasse einen teil des grundstueckes im jahr 1976 der gemeinde zum kauf an. wegen divergenzen ueber den kaufpreis wurden die verhandlungen nicht weiter verfolgt. im sommer 1978 sind bezirksfunktionaere an die gemeinde mit dem wunsch nach neuen verhandlungen herangetreten. die ma 69 wurde beauftragt, wieder in verhandlungen einzutreten. ein ergebnis ist derzeit nicht abzusehen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , um welchen betrag die gebiets-

krankenkasse das grundstueck gekauft hat und um welchen betrag sie es zum verkauf angeboten hat, antwortete veleta, dass er die zahlen nicht im kopf habe, er werde die frage schriftlich beantworten. auf eine z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob er eine ungefaehre angabe machen koenne, antwortete veleta, dass er bei laufenden verhandlungen keine nicht abgesicherten zahlen dem wiener gemeinderat vorlegen moechte. (sei) (forts.)

1529

## wiener gemeinderat (3)

19 wien, 29.10. (rk) auf die z e h n t e a n f r a g e von gr. h o l u b a r z (spoe), wann die verkehrskonzeption fuer wien dem gemeinderat zur beschlussfassung vorgelegt werden wird, antwortete stadtrat univ.-prof. dipl.-ing. w u r z e r , das dies anfang 1980 der fall sein werde. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach dem grund der verzoeigerung - urspruenglicher termin war der herbst 1979 - erklarte wurzer, dass der obmann des klubs der oevp-bezirksvorsteher und -stellvertreter um fristverlaengerung zwecks abgabe einer stellungnahme ersucht habe, diese frist laufe mitte november ab.

die e l f t e a n f r a g e wurde von gr. j e d l e t z - b e r g e r (oevp) gestellt und betraf die errichtung von kleingartenhuetten auf einem als gruenland-laendliches gebiet gewidmeten grundstueck in simmering. stadtrat univ.-prof. dipl.-ing. dr. w u r z e r erklarte dazu, dass diese baulichkeiten auf dem grundstueck hoertengasse 56 - wochenendhuetten und mobilheime - widerrechtlich errichtet wurden. die baubehoerde hat daher in allen faellen abtragungsauftraege - die allerdings noch nicht rechtskraeftig sind - und einstellungsauftraege erteilt. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wie die derzeitige nutzung des grundstuecks fuer wochenendhuetten begruendet sei, wiederholte wurzer, dass diese baulichkeiten ohne genehmigung errichtet worden seien. bei einer ueberpruefung durch die md-verwaltungsrevision am vergangenen samstag habe man festgestellt, dass derzeit keine bau-fuehrungen durchgefuehrt wuerden. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e nach moeglichkeiten zur wiederherstellung des ursprueng-

lichen zustands erwiderte wurzer, dass nach der entscheidung durch die baubehoerde der urspruengliche zustand wiederhergestellt werde.

auf die z w o e l f t e a n f r a g e von gr. b r o s c h (spoe) nach dem zeitpunkt der dezentralisierung der einreich- und informationsstelle fuer wohnbeihilfen erklaerte str. h a t z l , dass voraussichtlich im fruehjahr 1980 die erste aussenstelle in betrieb gehen koenne. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach den vorgesehenen bezirken erklaerte hatzl, dass der 12. und 23. sowie der 21. und 22. bezirk gemeinsam je eine derartige servicestelle erhalten werden. auf die z w e i t e z u s a t z - f r a g e nach verbesserter information bei den wohnbeihilfen betonte hatzl, dass im rahmen des services der stadt wien wohnbeihilfenbezieher nun vor ablauf der frist informiert werden und gleichzeitig ein antragsformular fuer die verlaengerung erhielten.

die 1 3 . a n f r a g e wurde von gr. k n e i s l e r (spoe) gestellt und betraf die regelung bei der verglasung von loggien. str. h a t z l erklaerte dazu, dass in neuen staedtischen wohnbauten - vor allem jenen, die seit dem heurigen sommer fertiggestellt wurden - keine genehmigungen fuer die verglasung von loggien erteilt werden. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach der regelung bei aelteren staedtischen wohnbauten erwiderte hatzl, dass bei gebaeuden, in denen bisher keine genehmigungen erteilt wurden, auch weiterhin keine gegeben werden. lediglich bei wohnhaeusern, in denen die verglasung von loggien bereits bewilligt wurde, koennten auch weiterhin entsprechende bewilligungen moeglich sein. einen widerrufen bereits erteilter genehmigungen werde es nicht geben. gleichzeitig forderte hatzl alle mieter, die ihre loggia ohne genehmigung verbaut haben, im interesse der sicherheit auf, eine entsprechende bewilligung nachtraeglich zu beantragen. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e nach problemen beim fensteraustausch in gemeindebauten erklarte hatzl, dass einige firmen derzeit versuchten, mieter in eine unerfreuliche situation zu bringen, indem sie fenster austauschen, auch wenn es dafuer keine genehmigung gibt. hatzl appellierte in diesem zusammenhang an die mieter der staedtischen wohnhaeuser, sich vor veraenderungen in der wohnung bei den zustaendigen dienststellen zu erkundigen.

auf die 14. anfrage von gr. oblasser (spoe), wieviele ansuchen um wohnungsverbesserung heuer erledigt werden konnten, betonte str. hatzl, dass seit jahresbeginn bis mitte oktober 9.489 antraege mit einem darlehensvolumen von 638,8 mio. s zugesichert bzw. erledigt werden konnten. auf die erste zusatzfrage nach einer prioritaeliste erwiderte hatzl, es sei eine prioritaelenschiene erarbeitet worden, in der vor allem antraege auf beseitigung des substandards, einbau von bad bzw. heizung und wohnungszusammenlegung mit kategorieverbesserung beruecksichtigt werden. auf die zweite zusatzfrage nach kuerzeren wartezeiten erklaerte hatzl, er hoffe, mit hilfe der edv ab 1980 den antragstellern bereits bei einbringung des ansuchens eine positive oder negative entscheidung mitteilen zu koennen und bei positiver entscheidung auch gleich die besorgung des darlehens zu ermoeglichen. (hs) (forts.)

1536

## wiener gemeinderat (4)

20 wien, 29.10. (rk) auf die 15. anfrage von gr. ing. s v o b o d a (spoe), ob der gegenwaertig zur diskussion stehende entwurf eines neuen wohn- und mietrechtsgesetzes fuer die stadt wien im bereich der wohnhaeuserverwaltung einen vertretbaren weg darstelle, erklaerte stadtrat hatzl, dass es erfreulich sei, dass in zukunft erhaltungsbeitraege in anspruch genommen werden koennen. dies bedeutet, dass die finanziellen belastungen fuer die einzelnen mieter mittel- und langfristig so gering wie moeglich gehalten werden koennen. auch die verstaerkte sicherung der rechte der mieter sei von grosser bedeutung. auf die zusatzfrage, ob sich bei einer raschen beschlussfassung ueber dieses gesetz fuer die stadt wien bezueglich der raschen realisierung schwierigkeiten ergeben, antwortete hatzl, dass dies nicht der fall sei.

auf die 16. anfrage von dkfm. bauer (fpoe), ob die derzeitige einsatzbekleidung der wiener feuerwehr allen modernen anforderungen entspricht, antwortete stadtrat schieder (spoe), dass ebenso wie bei anderen in- und auslaendischen feuerweh-

ren ende der 60er jahre eine neue verbesserte bekleidung eingefuehrt wurde. aufgrund neuer entwicklungen und erkenntnisse, wurden seit 1977 gespraechе - auch mit deutschen feuerwehren - ueber neue bekleidungsmoeglichkeiten gefuehrt. aufgrund dieser erkenntnisse, gespraechе und entwicklungen sowie der erfahrungen bei braenden im jahr 1978 wurde heuer die umstellung auf eine neue einsatzbekleidung in angriff genommen, wobei 20 prozent der feuerwehrleute jaehrlich mit der auf dem modernsten stand befindlichen bekleidung ausgeruestet werden. schieder verwies auf die praktisch ununterbrochene weiterentwicklung auf diesem gebiet. deshalb wurde auch ein eigener arbeitskreis, der sich damit beschaefftigt, gebildet. ueber die normale einsatzbekleidung hinaus gibt es auch eine reihe von schutzbekleidungsstuecken fuer spezielle einsaetze (schutzjacke, allwetter-schutzbekleidung, gas-saeure-kontaminationsschutzanzug, kontaminationsschutzanzug gegen radioaktive substanzen, oelschutzanzug, hitzeschutzanzug). schieder unterstrich das bemuehen, die feuerwehr optimal auszuruesten. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob es stimme, dass die umruestung erfolge, weil die bisherige bekleidung den modernen anforderungen nicht entsprach, antwortete schieder, dies sei nicht richtig. aber es gibt auf diesem gebiet staendig neue entwicklungen, denen rechnung getragen wird. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob es richtig sei, dass feuerwehrleute bei einsaetzen wie in den 30er jahren "nassgespritzt" werden muessen, antwortete schieder, dass dies nicht den tatsachen entspreche. grundsaeztlich muss festgestellt werden, dass bei keiner feuerwehr der welt alle feuerwehrleute zu jedem zeitpunkt nach dem letzten stand der entwicklung ausgeruestet sind. es bestehe aber das bemuehen, den neuen entwicklungen laufend rechnung zu tragen. (ger)

(forts)  
1542

wiener gemeinderat (5):

anfragen und antraege

22 wien, 29.10. (rk) seitens der oevp lagen zwei schriftliche anfragen sowie neun antraege vor. die antraege betreffend strecken- und netzkarten fuer schueler und studenten, seniorennetzkarten, die verwendung der mittel aus den rueckerstattungsbetraegen an bausparer



fuer die stadterneuerung, information fuer behinderte, information fuer die aerzte wiens ueber krebsbehandlung, die ueberpruefung der bauordnung hinsichtlich brandschutz, sowie die befassung des wiener gemeinderates mit dem fernwaermetarif wurden den zustaendigen ausschuessen zugewiesen. der oevp-antrag betreffend die fuehrung des studentenheimes doebbling als jugendgaestehaus der stadt wien wurde dem buergermeister zugewiesen. seitens der fpoe lagen eine schriftliche anfrage sowie zwei antraege vor. der fpoe-antrag bezueglich energiesparmassnahmen ging an den buergermeister, der antrag ueber die einfuehrung eines fahrdienstes fuer behinderte an die zustaendigen ausschuesse.

gr. h i r n s c h a l l (fpoe) beantragte die behandlung eines tagesordnungspunktes ueber eine schadensverguetung, der fuer die nichtoeffentliche sitzung vorgesehen ist, in der oeffentlichen sitzung. stadtrat dr. g o l l e r (oevp) empfahl die unterstuetzung dieses antrages.

a b s t i m m u n g : mit stimmenmehrheit abgelehnt.

#### donaubereich wien

gr. b r o s c h (spoe) beantragte die zustimmende kennntnisnahme des abschlussberichtes des donaubereichs-beirats. in der gemeinderuetlichen stadtplanungskommission sind bereits berichte ueber den wettbewerb donaubereich zustimmend zur kennntnis genommen worden. die koordinationsstelle und ein beirat haben die arbeit des wettbewerbs weitergefuehrt. die generelle planung sei nun abgeschlossen, die ergebnisse liegen vor.

gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) betonte, dass seine fraktion dem bericht zustimmen werde. besonderes augenmerk wird die fpoe auf die zeitgerechte fertigstellung der hochwasserschutzmassnahmen legen sowie auf die umweltgerechte ausgestaltung des projekts. pawkowicz kritisierte den bau der autobahn sowie die errichtung der 5. donaubruecke durch das erholungsgebiet der stadt. (ba)  
(forts.)

k o m m u n a l :

=====

## wiener gemeinderat (6)

25 wien, 29.10. (rk) die sorgen der oevp aus dem jahr 1969 haben sich bestaetigt, erklarte gr. dr. m a y r (oevp). nach zehn jahren haben wir noch keinen hochwasserschutz und das projekt wird acht milliarden kosten. es ist zu begruessen, dass das urspruengliche projekt einer reinen "kanalloesung" durch die einschaltung eines wettbewerbes zu einer echten staedtebaulichen loesung wurde. es gibt noch zahllose offene fragen:

- o offen ist das verhaeltnis zwischen der stadt wien und der republik hinsichtlich der grundverhaeltnisse. wird sich die nutzung des bundes in die gesamtloesung einfuegen?
- o offen ist, wer das gebiet nach der fertigstellung verwaltet.
- o offen ist, wie die freizeiteinrichtungen finanziert werden. die oevp ist fuer eine Mischung von vereinssport und freizeitabgebot von gewerblichen betrieben. auf jeden fall muessten sich die einrichtungen selbst finanzieren.
- o offen ist die nachfolgefrage fuer die koordinierungsstelle. auch nach fertigstellung des projektes sollte auf die einhaltung des leitkonzeptes fuer den donaubereich geachtet werden.

das nordbahnhofgelaende waere sehr gut geeignet fuer die stadt-erneuerung und fuer eine wohnverbauung. durch eine solche verbauung kaemen viele menschen in den genuss der neuen freizeiteinrichtungen. (sei)

einen echten gesinnungswandel bei der oevp stellte gr. a s c h e r l (spoe) fest: jene partei, die urspruenglich fuer das projekt des bundesstrombauamts war - es sah im wesentlichen nur eine verstaerkung beziehungsweise erhoehung der daemme vor - stimme nun den ergebnissen der beratungen zu.

entscheidend bei dem projekt sei, meinte ascherl weiter, dass an der planung nicht nur experten beteiligt waren, sondern darueber hinaus auch die interessierte bevoelkerung weitgehende information

und umfassende mitsprachemoeglichkeit erhielt. die gespraechе mit dem behindertenverband, die in den letzten tagen gefuehrt wurden, zeigen, wie sehr man sich beim bereich donauinsel auch um kleine gruppen kuenmert, betonte ascherl.

zur frage der langen bauzeit erinnerte der gemeinderat daran, dass bei der ersten donauregulierung vom vorliegen der ersten plaene - bereits im jahr 1810 - bis zum abschluss der arbeiten an der donau, im jahr 1884 ebenfalls sehr lange zeit vergangen sei.

die wichtigste funktion des projekts donaubereich sei zweifellos der hochwasserschutz. bei der nutzung der erholungslandschaft seien vor allem erholung und sport zu beruecksichtigen. es existiere bereits ein erster entwurf fuer einen entsprechenden flaechenwidmungs- und bebauungsplan. der wald- und wiesenguertel werde damit wieder grossflaechig erweitert. abschliessend wies ascherl auf die bedeutung der vom juryvorsitzenden prof. maurer erarbeiteten studie hin.

ebenfalls zu dieser studie betonte str. univ.-prof. dipl.-ing. dr. w u r z e r (spoe) in seinem debattenbeitrag, er, wurzer, sei in bezug auf die abwanderung der wiener in das umland optimistisch. eine abwanderung zeigt sich in allen europaeischen grossstaedten, jedoch zeichne sich teilweise bereits ein umkehreffekt ab. diese entwicklung koenne auch in oesterreich eintreten, meinte wurzer und verwies auf eine pressekonferenz des niederoesterreichischen landeshauptmann-stellvertreters ludwig, der auf das anwachsen des baulands gegenueber un bebauten gebieten aufmerksam machte. bodenpreissteigerung, verdichtung des baugebiets und auch die moeglichkeiten, die wien qualifizierten arbeitskraeften bietet, koennten, so wurzer, zu einer trendumkehr fuehre.

zum thema nordbahnhof, das in der debatte ebenfalls angesprochen worden war, meinte wurzer, man habe bei der ausschreibung des wettbewerbs multifunktionale nutzung mit besonderer rolle der wohnnutzung verlangt. sollte die oebb das gelaende fuer ihre zwecke brauchen, so sei dieser wunsch allerdings wie bei jedem grundeigentuemmer zu respektieren.

die gestaltung des donaubereichs sowie die errichtung des internationalen amtssitz- und konferenzzentrums haben zweifellos erhebliche entwicklungsimpulse in diesem stadtbereich ausgeloeset, er-

klaerte wurzer weiter. beim donaubereich sei anstelle eines technokratischen ein integrales, umweltfreundliches und -gestaltendes projekt entstanden, das von allen in dieser stadt bestimmenden kraefte getragen werde. das projekt donaubereich war in oesterreich der erste versuch einer wirklich offenen stadtplanung unter beteiligung und mitwirkung der bevoelkerung, schloss wurzer. (hs)

aus einem wasserbauprojekt ist ein staedtebauliches projekt geworden, erklarte gr. b r o s c h (spoe) in seinem schlusswort. es ist moeglich, die notwendigen strassen- und brueckenbauwerke so zu gestalten, dass die erholungsflaeche so gering wie moeglich belastet werden. die koordinationsstelle donaubereich wird ihre taetigkeit fortsetzen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ger) (forts)

1703

wiener gemeinderat (7):

schulersatz fuer fuenf-tage-woche

26 wien, 29.10. (rk) gr. w i e s i n g e r (spoe) stellte den antrag auf genehmigung der aktion "schulersatz fuer fuenf-tage-woche". der schulersatz soll als beaufsichtigungsmoeglichkeit an samstagen angeboten werden, stellte gr. dkfm. b a u e r (fpoe) fest. er erinnerte in diesem zusammenhang an den fpoe-vorschlag, an einer schule nach moeglichkeit beide formen (fuenf- und sechs-tage-woche) anzubieten. dies scheint ueberall moeglich, wo es parallelklassen gibt und natuerlich der entsprechende wunsch von seiten der eltern vorhanden ist. die urspruengliche absicht, in jedem bezirk zumindest eine sechs-tage-schule zu fuehren, wurde nicht verwirklicht. in sieben bezirken gibt es keine sechs-tage-schulen. zumindest dies sollte verwirklicht werden.

gr. w i e s i n g e r (spoe) stellte in seinem schlusswort fest, dass aufgrund der abstimmungsergebnisse die fuehrung von sechs-tage-schulen in jedem bezirk nicht gerechtfertigt waere. er selbst, sagte wiesinger, bedaure dieses ergebnis, es muesse aber zur kenntnis genommen werden. unsere aufgabe ist es, dafuer zu sorgen, dass die kinder nicht zu schaden kommen. selbst das bestehende angebot an samstagen werde nicht voll angenommen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ger) (forts)

1705

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

## kunstwerke-verleih

27. wien, 29.10. (rk) die werke bildender kuenstler aus dem besitz des kulturamtes der stadt wien sollen kuenftig auch an private verliehen werden. den abschluss eines derartigen vertrages mit dem kunstverein wien beantrage gr. s e v c i k (spoe). gr. mag. k a u e r (oevp) stellte fest, dass seine fraktion diese aktion prinzipiell gut heisse, jedoch noch einige offene fragen zu klaeren seien. beispielsweise soll die aktion auch auf betriebe ausgedehnt werden. mit der durchfuehrung koennten statt dem wiener kunstverein die staedtischen buechereien betraut werden, was den vorteil haette, dass die kunstwerke an verschiedenen orten ausgegeben werden koennten. gr. kauer bedauerte, dass die galerie in der alten schmiede aufgelassen und in ein buero umgewandelt wird.

in seinem s c h l u s s w o r t , erklaerte gr. sevcik, dass mit dieser aktion nur ein erster schritt getan sei, kunstwerke einer breiteren oeffentlichkeit nahe zu bringen. die galerie in der alten schmiede bleibt bestehen, nur das parterre wird fuer bueroraume zur verfuegung gestellt.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

## subvention

gr. hildegard w o n d r a t s c h (spoe) beantragte fuer den residenzverlag zur herausgabe der prosa-gesamtausgabe von h. c. artmann eine subvention von 120.000 s. gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) begruesste die subventionierung, wodurch es dem kaeufer erleichtert wird, preiswert zeitgemaesse literatur zu erwerben. pawkowicz betonte, dass die freie wahl des herausgebers und des verlagess wichtig sei und forderte klare richtlinien bei der subventionsvergabe, die durch ein kunstfoerderungsgesetz festgelegt werden sollt.

im s c h l u s s w o r t erklarte die berichterstatterin, dass die von stadtrat zilke durchgefuehrten symposien und oesterreich-gespraechen mit dem ziel veranstaltet werden, gemeinsame richtlinien mit den kuenstlern zu erarbeiten.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ba) (forts.)

1709

wiener gemeinderat (9):

wacker-platz

28 wien, 29.10. (rk) gr. s c h w e d a (spoe) beantragte, einen tauschvertrag zwischen der stadt wien und der wohnungsgesellschaft "heimstaette" zur erhaltung des wacker-platzes zuzustimmen.

dkfm. b a u e r (fpoe) begruesste, dass sich durch diesen tauschvertrag der wunsch der bevoelkerung heute durchsetzt. er erinnerte, dass die einhelligkeit ueber die erhaltung des wacker-platzes nicht immer gegeben war und dass ein antrag auf umwidmung in erholungsflaeche und sportplatz noch im juni 1978 abgelehnt wurde.

gr. a r t h o l d (oevp) erklarte, dass mit dem beschluss ein unruhmlicher abschnitt des wiener sportes zu ende geht. haette man frueher gehandelt, waere die loesung billiger gekommen. arthold kritisierte, dass noch immer kein sportstaettenplan vorliegt, und dass daher in fragen des wiener sportes dem wiener gemeinderat wuensche immer von aussen aufgezwungen werden. juengstes beispiel ist die vom oesterreichischen fussballbund-praesidenten sekanina angeregte ueberdachung des wiener stadions.

gr. m i c h a l i c a (spoe) erklarte, dass der meidlinger bezirksvorsteher bereits 1974 erste schritte fuer eine umwidmung unternahm. die spoe ging immer den weg des rechtes und man wollte ohne einwilligung des eigentuemers keine umwidmung herbeifuehren. der heutige beschluss ist ein erfolg der ausdauer.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (sei) (forts.)

1723

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (10):

betriebsbaugebiet aspern

29 wien, 29.10. (rk) fuer die aufschliessung des betriebsbaugebietes 22, flughafen aspern, beantragte gr. s c h u l t z (spoe) einen sachkredit in der hoehe von 400 millionen s. er betonte, dieser betrag - 25 millionen davon werden noch heuer benoetigt - sei fuer umfangreiche infrastrukturelle massnahmen notwendig. ueber die beabsichtigten bauvorhaben werde ueberdies eine ausstellung gestaltet, damit auch die mitwirkung der bevoelkerung bei diesem projekt gegeben sei.

bei diesen infrastrukturmassnahmen gehe es in erster linie um die errichtung von aufschliessungsstrassen. es sei auch an laerm-schutzwaelle und gruenguertel um das industriegelaende gedacht. noetig sei jedoch die information der bevoelkerung ueber die geplante bauten und massnahmen, erklarte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) und stellte den z u s a t z a n t r a g , die bevoelkerung von aspern ehestens ausfuehrlich ueber die beabsichtigten massnahmen zu informieren. darueber hinaus seien nach anhoerung der bevoelkerung geeignete vorschlaege fuer die vorgesehenen gruenzonen zu erarbeiten, ebenso fuer die laermschutzwaelle.

gr. schultz wies in seinem s c h l u s s w o r t darauf hin, dass sich der von ihm gestellte antrag auf die genehmigung des sachkredits, nicht auf einzelne baulichkeiten beziehe und der fpoe-zusatzantrag verfrueht sei. bei neufestlegung des flaechenwidmungs- und bebauungsplans bestehe ausserdem die moeglichkeit der mitsprache der bevoelkerung.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und oevp angenommen. der zusatzantrag wurde mit den stimmen der spoe abgelehnt.

## wohnhausanlage in favoriten

den antrag auf errichtung einer staedtischen wohnhausanlage in wien 10, laxenburger strasse - troststrasse - leebgasse um rund 384 mio s stellte gr. f r e i n b e r g e r (spoe).

obwohl in favoriten in den letzten zwei jahrzehnten 15.000 gemeindewohnungen neu errichtet wurden, gebe es in diesem bezirk noch einen hohen anteil an substandardwohnungen, betonte gr. e r i k a k r e n n (spoe) dazu. es sei daher umso erfreulicher, dass bei der neuen wohnhausanlage fast 90 prozent der 402 wohnungen ueber drei oder vier wohnraeume verfuegen werden. die anlage werde ueberdies eine hofseitige terrassierung mit loggien, einen begruenten innenhof ueber der tiefgarage, zehn behindertenwohnungen, ein kindertagesheim, kinderspiel- und hobbyraeume, einen stuetzpunkt fuer soziale dienste, zwei ordinationen, sieben geschaeftslokale und 292 pkw-stellplaetze umfassen, betonte gr. krenn.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (hs)

## fuenfte donaubruecke

gr. h e n g e l m u e l l e r (spoe) beantragte die vergabe der projektierungsarbeiten fuer das strassendetailprojekt der fuenften donaubruecke mit einem kostenerfordernis von 4,4 millionen schilling.

gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) nannte drei gruende, warum die fpoe gegen den bau dieser bruecke ist: erstens stuenden mit floridsdorfer bruecke und neuer reichsbruecke genuegend fahrspuren zur verfuegung, zweitens entstueenden durch diese bruecke zusaetzliche verkehrsbelastungen fuer den 20. bezirk, und drittens, bedinge! diese bruecke eine nachfolgewirkung, naemlich die guertelautobahn. er sei skeptisch gegenueber den aussagen, dass es sich bei dieser bruecke nur um eine verbindung von ufer zu ufer handle. der erste schritt darueber hinaus sei der antrag sozialistischer gemeinderaete auf verlaengerung zur donaufelder strasse. im text des heutigen antrages werde die guertelautobahn expressis verbis angefuehrt. die fpoe sei gegen die guertelautobahn, %



gegen die verlaengerung ueber die alte donau und gegen den bau der brigittenauer bruecke selbst.

die oevp ist gegen den gewaehlten standort fuer die fuenfte donaubruecke, erklarte gr. d a l l e r (oevp). diese bruecke sei ein "trojanisches pferd". sie verlangt foermlich die verlaengerung in beide richtungen. beides ist abzulehnen. daller sprach sich gegen den weiteren bau von stadtautobahnen aus. trotz gegenteiliger erklarungen von buergermeister gratz haben sozialistische mandatare den antrag eingebracht, die brigittenauer bruecke nach norden zu verlaengern.

stadtrat n i t t e l (spoe) erklarte, die brigittenauer bruecke habe die funktion, die brigittenau mit der donauinsel und dem linken ufer sowie die beiden strassenzuege handelskai und donauuferautobahn (a 22) miteinander zu verbinden. die a 20 (guertelautobahn) sei ein terminus aus dem bundesstrassengesetz 1971. es wurde aber eindeutig erklart, dass eine autobahn durch den 20. bezirk nicht gebaut wird. noch im juni dieses jahres habe gr. daller den bau der a 22 und der a 24 verlangt, jetzt spricht er sich gegen den bau von stadtautobahnen aus, kritisierte nittel. der bau einer fuenften donaubruecke ist unbedingt notwendig. wer das bestreitet, haette am donnerstag vergangener woche nur ueber die adalbert stifter-strasse fahren muessen. bis zur floridsdorfer bruecke brauchte man eineinviertel stunden. die fuenfte donaubruecke ist notwendig, um solche situationen zu verhindern sowie fuer den fall von reparaturen oder unfaellen auf den donaubruecken.

heute sind alle fuer den bau der a 22 (donauuferautobahn), nachdem die oevp die vorarbeiten lange behindert hat, erklarte nittel. die entschaedigungsverhandlungen konnten vor wenigen tagen abgeschlossen werden, der baubeginn erfolgt in kuerze.

heute ist die oevp gegen den bau der brigittenauer bruecke. wenn sie dann fertig ist, werden oevp-politiker bei der eroeffnung wie immer in der ersten reihe stehen.

die guertelautobahn ist "vom tisch", erklarte gr. h e n g e l m u e l l e r im s c h l u s s w o r t . der bau einer weiteren donaubruecke ist notwendig.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe.  
(ger)

## stadtbahn-umbau

die erhoehung eines sachkredits fuer den umbau der stadtbahn auf die u 4 zwischen ober sankt-veit und hadersdorf beantragte gr. o b l a s s e r (spoe).

stadtrat dr. m a u t h e (oevp) nahm zum aesthetischen aspekt bei der u-bahn-gestaltung und den stadtbahnstationen stellung. im allgemeinen kann man die gestaltung der u-bahn-stationen als gelungen betrachten, formgebung und funktion stimmen ueberein. die unterwerke fuer die stromanspeisung wie sie in der naehe der stadtbahnstationen entstehen, koennen jedoch nur als "grausliche blechschachteln" bezeichnet werden, sagte maathe. technische loesungen sollen so erarbeitet werden, dass sie ansprechend und nicht nur fuer den techniker akzeptabel sind.

stadtrat n i t t e l (spoe) wies darauf hin, dass die unterwerke, sofern dies technisch moeglich ist, unterirdisch errichtet werden, was wie im falle des karlsplatzes sogar zu einer bekritteltung im rechnungshofbericht fuehrte. technische werke koennen sicher auch anders gestaltet werden, aber das kriterium, was schoen sei, werde immer der subjektiven beurteilung unterliegen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ba) (schluss)  
1836